

Der Gaspreis-Schock offenbart Deutschlands Scheuklappen beim Klimaschutz

Welt, 29.09.2021, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus234007726/Gaspreis-Schock-offenbart-Deutschlands-Scheuklappen-beim-Klimaschutz.html?sc_src=email_1127030&sc_lid=106095224&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=4024&sc_cid=1127030&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Hohe Gaspreise und leere Speicher, die Stromtarife sind auf Rekordniveau. Die Energiemärkte stehen unter Druck wie selten. Und es steht zu befürchten, dass die deutsche Klimapolitik alles noch schlimmer macht. Dabei gäbe es durch einen Ausweg.

Jetzt hat es den ersten deutschen Energieversorger erwischt: Nach mehreren Insolvenzen in Großbritannien geht mit der „Deutschen Energiepool“ auch hierzulande ein Gaslieferant in die Knie. Seit Beginn des Wochenendes werden Kunden die Verträge gekündigt. Das Unternehmen hatte sich darauf spezialisiert, Erdgas sehr kurzfristig und damit preisgünstig einzukaufen. Doch die Strategie des Billiganbieters ist gescheitert. Grund ist die Lage auf dem globalen Gasmarkt: „Die Preise für kurzfristige Beschaffung haben sich rund verfünffacht“, entschuldigt sich das Unternehmen. „Mit einer solch rasanten, nie dagewesenen Entwicklung hat kaum jemand im Energiemarkt gerechnet.“

Das stimmt wohl: Kurz vor dem Winter schauen Verbraucher und Politiker zunehmend nervös auf die Gasspeicher, die zu dieser Jahreszeit so leer sind wie nie zuvor. Der Börsenpreis für Gas kletterte um 450 Prozent auf einen Höchststand. Wer eine Wärmepumpe hat und mit Strom heizt, kommt kaum billiger davon: Die Großhandelspreise für Elektrizität haben sich innerhalb von zwölf Monaten verdreifacht. Heizöl-Kosten plus 53 Prozent, Spritpreise plus 26 Prozent, es hört gar nicht mehr auf.

„Es kann einem fast schwindelig werden“, sagt Carsten Rolle, Chef der deutschen Sektion des Weltenergierats und Abteilungsleiter Energie beim Industrieverband BDI: „Auf den internationalen Energiemärkten hat sich eine Art perfekter Sturm gebildet, dessen Auswirkungen durch die Klimaschutzgesetzgebung in Deutschland und Europa noch verstärkt werden. Es ist wirklich beängstigend.“

Denn alles hängt mit allem zusammen. Die schnelle Erholung der Konjunktur zum Ende der Pandemie löste im Fernen Osten eine extreme Energienachfrage aus. Seither liefern Tanker Flüssiggas aus den USA, Katar oder Russland fast nur nach Asien. Weil die Gasförderung in den Niederlanden zur Neige geht und Russland kein weiteres Gas mehr nach Westeuropa liefern kann oder will, wird der Brennstoff hier knapp.

„Wir erleben gerade, wie manch eine politische Erzählung in sich zusammenfällt“, sagt Andreas Kuhlmann, Geschäftsführer der halbstaatlichen Deutschen Energieagentur. „Für die einen sind immer die Russen schuld, für die anderen immer diejenigen, die sagen, wir brauchen kein Erdgas mehr – aber das trifft alles nicht den

Kern“, sagt der Dena-Chef. „Es gibt auch kein bündnistreues Freiheitsgas der Amerikaner: Aber es gibt eben einen globalen Markt.“

Die richtigen Schlüsse ziehen

Eine Tatsache, die in der Klimaschutzdebatte viel zu lange nicht ausreichend beachtet wurde, so Kuhlmann: „Wir lernen, dass wir einfach noch zu oberflächlich über die Energiewende reden.“

Das sieht Andreas Löschel genauso. Die Politik müsse aus dem Preisanstieg jetzt die richtigen Schlüsse ziehen, fordert der Leiter der von der Bundesregierung berufenen, unabhängigen Expertengruppe zum Monitoring der Energiewende.

Besonders die Probleme des deutschen Klimaschutzgesetzes, KSG, würden nun offengelegt, das jedem deutschen Wirtschaftssektor jahresscharf genaue Emissionshöchstmengen vorschreibt.

Werden diese nicht eingehalten, verpflichtet das Gesetz die Bundesregierung, die CO₂-Reduktion bereits im Folgejahr mit „Sofortprogrammen“ wieder auf Kurs zu bringen. Experten, darunter Dena-Chef Kuhlmann fürchten, dass weder der Verkehr noch Industrie, Stromwirtschaft, Landwirtschaft oder der Gebäudesektor diese gesetzlichen CO₂-Grenzen in den Jahren bis 2025 einhalten können.

„Das Klimaschutzgesetz gibt einen starren nationalen Rahmen vor, obwohl viele Entwicklungen exogen verursacht sind, wie wir gerade bei den Energiepreisen erleben“, so Löschel. „Der Versuch, sich kurzfristig gegen die globale Marktentwicklung zu stellen, ist sehr wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt und auch aus einer längerfristigen Perspektive nicht sinnvoll“, sagt der Experte für Energie- und Ressourcen-Ökonomik an der Ruhr-Universität Bochum.

„Wir sollten das Klimaschutzgesetz vor diesem Hintergrund durchaus hinterfragen“, rät Löschel: „Statt jahresscharfe CO₂-Budgets sollte es um die richtigen Trajektorien mit entsprechenden Korridoren gehen. Statt mit jährlichen Sofortprogrammen zu agieren, sollte die Politik zu Beginn der Legislaturperiode einen umfassenderen Klimaplan vorlegen und dann nachhalten.“

EU-Kommission ist mitverantwortlich

Für die Ursachen der Gaskrise ist Brüssel wohl mitverantwortlich. Die EU-Kommission hatte jedenfalls mit dem Klimaschutzprogramm „Green Deal“ eine explosionsartige Verteuerung von CO₂-Berechtigungen mit ausgelöst. Industriebetriebe und Kraftwerksbetreiber müssen jetzt 60 Euro pro Tonne CO₂-Ausstoß zahlen – 15-mal so viel wie noch vor vier Jahren.

Normalerweise würde so ein Kostenblock jedes Braunkohlekraftwerk aus dem Markt drängen. Einspringen würden die vergleichsweise sauberen Gaskraftwerke, die weniger der teuren CO₂-Berechtigungen brauchen.

Doch der gewünschte Automatismus funktioniert derzeit nicht mehr.

Braunkohlekraftwerke in Deutschland laufen seit Monaten unter Volllast. Die

Betreiber preisen die hohen Kosten des CO₂-Ausstoßes einfach ein – und können ihren Strom trotzdem noch billiger anbieten als derzeit die Gaskraftwerke.

Alternativen gibt es kaum: Die erneuerbaren Energien helfen nicht viel, der Ausbau stockt, lange Windflauten verringerten in den vergangenen Monaten die Ökostromproduktion zusätzlich.

Der Markt antizipiert vielmehr eine Versorgungslücke, weil in den kommenden Monaten weitere Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, sowie die restlichen sechs deutschen Atomkraftwerke, die bis dato noch mehr Elektrizität produzieren als alle deutschen Solaranlagen zusammen.

Für die Energiepreise ist das schlecht: „Der Nachfrageüberhang wird eher noch zunehmen“, sagt BDI-Experte Rolle. Nur ein rascher, massiver Bau neuer Gaskraftwerke könne Linderung verschaffen. „Die Größenordnungen, die nötig wären, haben manchen Experten schon erschreckt.“

Preisportale wie Verivox oder Check 24 warnen die Verbraucher vor einem Preisschock. „Die Preiserallye bei den fossilen Brennstoffen heizt die Inflation an und treibt die laufenden Lebenshaltungskosten der Haushalte nach oben“, so Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox. „Angesichts der hohen internationalen Rohstoffpreise und des steigenden CO₂-Preises wird dieser Trend mittelfristig weiter anhalten.“

Mehrheit fordert Maßnahmen

Laut einer Umfrage für Verivox fordern drei Viertel der Deutschen schärfere Maßnahmen gegen den Preisanstieg. Dafür würde jeder Dritte sogar an der Atomkraft festhalten – das seien elf Prozentpunkte mehr als noch vor drei Jahren.

Einige Bundestagsabgeordnete bringt das auf Ideen: „Die explodierenden Preise für Gas und Strom gehen aufs Konto eines völlig aus der Kontrolle geratenen Energiemarktes, es droht ein Winter der Energiearmut mit Hunderttausenden Energiesperren“, glaubt Lorenz Gösta Beutin, energiepolitischer Sprecher der Linken. Er fordert daher eine staatliche Energiepreis-Aufsicht, die Anpassung von Sozialleistungen sowie „ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren“.

Die Industrie sieht darin keine Lösung. Besonders energieintensive Firmen, die im Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) organisiert sind, warnen: Die doppelte Belastung aus steigenden CO₂- und Strompreisen bedeute eine „enorme Kostenbelastung und Liquiditätsentzug“, sagt VIK-Chef Christian Seyfert: „Eine Verlagerung von Produktion, Know-how und Emissionen ins Ausland droht als unausweichliche Folge.“